

„Belastend“ – Anwohner wehren sich gegen Baustart für Flüchtlingsheim im Innenhof



Von **Anna Kröning**
Redakteurin

Stand: 26.09.2024 | Lesedauer: 6 Minuten



Die Initiative „Grüner Kiez Pankow“ bei der Begehung eines Areals in der Kavallerstraße

Quelle: Anna Kröning

Seit einem Jahr bewachen Security-Mitarbeiter rund um die Uhr die Innenhöfe eines Mietbau-Komplexes im bürgerlichen Bezirk Pankow. Hier soll ein Flüchtlingsheim für rund 400 Menschen gebaut werden. Anwohner und Naturschützer protestieren vehement.

Showdown am mit Videokameras bestückten Bauzaun in einem Berliner Innenhof: Eine Gruppe von Anwohnern im bürgerlichen Bezirk Pankow wehrt sich weiter gegen die Pläne der Berliner Wohnungsbaugesellschaft Gesobau, direkt vor ihren Fenstern [ein Flüchtlingsheim für 422 Menschen \(/politik/deutschland/plus247661140/Berlin-Wenn-ein-Fluechtlingsheim-im-Innenhof-entstehen-soll.html\)](https://www.welt.de/politik/deutschland/plus247661140/Berlin-Wenn-ein-Fluechtlingsheim-im-Innenhof-entstehen-soll.html) zu errichten. Vor einem Jahr rückten schon die Geräte an, um die Bäume in den Innenhöfen zu fällen, doch Umweltgutachten machten den Plänen einen Strich durch die Rechnung.

Seither leben die rund 600 Mieter und Familien in einem Provisorium zwischen eingezäunten, verwilderten Grünflächen, Videokameras und Security-Mitarbeitern, die das Gelände rund um die Uhr bewachen. WELT war beim Ortsbesuch dabei. „Wir sollen hier zum Präzedenzfall für Nachverdichtung werden“, empört sich Britta Krehl von der Bürgerinitiative „Grüner Kiez Pankow“. Die Berliner Landesregierung habe sich „verstrickt“, sei nicht offen für Kompromisse.

Der Streit um die Bebauung der Innenhöfe in der Wohnsiedlung im Zentrum von Pankow schwelt seit Jahren. Seit die landeseigene Baugesellschaft Gesobau beschloss, die Innenhöfe hier „nachzuverdichten“. Es entstand ein Streit mit den Anwohnern. Sie wollen die Grünflächen, Bäume und den Spielplatz nicht aufgeben.

Dass die Bauten im vergangenen Jahr kurzerhand zur Flüchtlingsunterkunft deklariert wurden, ermöglichte die Genehmigung. Die Gesobau machte aus ihren Plänen für reguläre Wohneinheiten, die baurechtlich schwierig durchzusetzen gewesen wären, offiziell eine Flüchtlingsunterkunft für rund 30 Millionen Euro ([/politik/deutschland/article249491164/Streit-um-Fluechtlingsheim-Berliner-Bezirk-droht-Landesbetrieb-mit-Strafe.html](https://politik/deutschland/article249491164/Streit-um-Fluechtlingsheim-Berliner-Bezirk-droht-Landesbetrieb-mit-Strafe.html)).

Der vorherige Kompromiss, ein sogenannter Klima-B-Plan, mit dem nur 72 statt 99 Wohnungen hätten gebaut werden können und den die Anwohner mit entworfen hatten, ist seitdem vom Tisch. Doch der Baustart verzögert sich. Verschiedene Naturschutzverbände verhindern mit Gutachten den Baubeginn auf dem Gelände, das durch einen Zaun von der Gesobau zur No-Go-Area deklariert wurde. Die Kameras erfassen nicht nur die verwilderte Brache, die mal ein Innenhof war, sondern auch die Anwohner auf dem Weg zu den Mülltonnen. Die schwarz gekleideten Mitarbeiter der privaten Security-Firma, die gelangweilt vor den Containern in dem Areal sitzen, schauen der Ortsbegehung für Presse und Politik mit unverhohlener Neugier zu.



Anwohnerin Johanna B. vor ihrer Haustür

Quelle: Anna Kröning

Ob die Bewohner Besuch bekommen oder einkaufen gehen, ob Kinder und Eltern mit dem Fahrrad nach Hause kommen – ihren Blicken entgeht nichts. „Das ist belastend. Wir fühlen uns außerdem ständig überwacht von den Weitwinkel-Kameras“, sagt Johanna B.. Sie zeigt auf ihre Wohnungstür: „Die Kamera war direkt auf den Eingang gerichtet. Jetzt haben sie die zumindest etwas weggedreht.“

In den Wellblechcontainern wenige Meter entfernt sitzen zwei Mitarbeiter vor den Monitoren, welche die Aufzeichnungen der Kameras überwachen. Auf Anfrage der Anwohner teilte die Wohnungsbaugesellschaft Gesobau mit, es handle sich um „Privateigentum“, was die Ausstattung mit Videokameras rechtfertige.

„Das ist die Top-to-down-Mentalität“

Die Anwohner fühlen sich gegängelt – und das, obwohl sie selbst noch immer kompromissbereit seien: „Es dreht sich immer im Kreis. Am Ende ist es eine Top-to-down-Mentalität, mit der die Politik hier nachverdichten will, gegen Natur- und Klimaschutz und die Anwohner“, sagt Krehl. Ihre Bürgerinitiative hat ausgerechnet, wie viel Geld Kameras, Zäune, Dixi-Klos und Wachsschutz in einem Jahr gekostet haben: „Eine Million Euro. Das leistet sich die Gesobau, statt einen Kompromiss einzugehen“, ärgert sich Krehl.

Die Gesobau selbst wollte sich WELT gegenüber nicht zu den Kosten äußern. Eine Auskunft widerspreche den vertragsrechtlichen Bestimmungen, erklärte eine Sprecherin. Auch lägen keine Beschwerden von Mietern über die Kameras und das Personal vor. Das „System Bauwatch“ unterliege „selbstverständlich strengen Datenschutzrichtlinien“ und sei „Standard auf vielen Baustellen“, sagte eine Sprecherin auf Anfrage von WELT. „Die Kameras sind dabei so ausgerichtet, dass lediglich die mit einem Bauzaun abgeäunten Flächen sichtbar sind und nicht Hauseingänge oder andere öffentlich zugängliche Bereiche.“ Da sich auf den abgeäunten Vorhabenflächen keine Mieter aufhielten, werde „somit auch niemand gefilmt oder erfasst“.



Ein Nistkasten direkt vor dem Wohngebäude

Quelle: Anna Kröning



Der Nistkasten bietet nach Ansicht der Umweltschützer keine Ruhe für Vögel und ist somit zum Brüten ungeeignet

Quelle: Anna Kröning

Das Areal verwildert, das Tauziehen geht weiter. Im Februar hatten drei Naturschutzverbände mit einer Klage erreicht, dass die Bäume vorerst nicht gefällt werden dürfen, Ausgleich für brütende Vögel, Fledermäuse und andere Tiere geschaffen werden müssen. Damit hat die Gesobau inzwischen begonnen. Rund um die Miethäuser wurden Hecken angepflanzt, außerdem einige Nistkästen auf Metallsockeln zwischen Gebäude und Straße aufgestellt.

Ob hier Vögel jemals einziehen werden, bezweifeln die Vertreterinnen der Umweltverbände. Ein attraktives Angebot für Kleiber, Grünspecht oder Waldbaumläufer seien die Gebilde an diesem Standort nicht: „Hier haben sie überhaupt keine Ruhe zum Brüten, sie brauchen geschützte Plätze“, urteilt Antje Stavorinus von der Berliner Landesarbeitsgemeinschaft Naturschutz. Auch die Betonkonstruktionen, die Fledermäusen künftig eine Ersatzheimat bieten sollen, seien nicht durchdacht. Stavorinus weist auf den Baum hin, in dem die grauen Objekte versteckt im Geäst hängen: „Da gibt es keine freie Einflugmöglichkeit.“

Ein Kompromiss liege auf dem Tisch, argumentiert die Gruppe, und das seit drei Jahren. Der sogenannte Klima-B-Plan von Bezirk und Anwohnern sieht eine „moderate“ Bebauung vor. Rund 30 Wohneinheiten weniger, sodass ein Großteil der Grünflächen und Bäume erhalten werden könnte. Spielflächen für die Kinder der umliegenden sechs Kitas, die derzeit wenig Ausweichmöglichkeiten haben, seit der alte Platz gesperrt ist. Der neue Spielplatz wurde auf einen ehemaligen Parkplatz gebaut. Hinter Mülltonnen befindet sich, mit Flatterband abgesperrt, ein rautenförmiger Sandkasten und ein paar winzige Spielgeräte – kein Übergang, sondern eine kaum genutzte Dauerlösung.



Diesen Spielplatz sollen sechs Kitas in der Umgebung nutzen

Quelle: Anna Kröning

Der Senat mauere, versuche, „mit dem Kopf durch die Wand“ seine Pläne durchzudrücken. Das gerade erst verabschiedete „Schneller-Bauen-Gesetz“, mit dem der Landesregierung zufolge unbürokratisch Wohnraum auch gegen den Willen der Bezirke geschaffen werden soll, diene nur dazu, ohne Rücksicht auf die Anwohner nachzuverdichten, argumentiert die Bürgerinitiative.

Obendrein stigmatisiere man die Anwohner als „Nimbys“ („Not in my backyard“), also als Gegner der Integration von [Flüchtlings](/themen/fluechtlingsunterkuenfte/) im eigenen Umfeld. Das empört die Initiative besonders. Man setze sich für ein soziales Miteinander ein. Doch 400 Menschen zusätzlich auf engstem Raum – „das hat mit Integration nichts mehr zu tun“, sagt Krehl.

Diese Aussage verfängt bei Gesobau und dem SPD-geführte Bausenat offenbar nicht. Das Argument, das den Anwohnern bleibt, ist der Klima-, Umwelt- und Artenschutz. Mit diesem Hebel wollen sie die Pläne stoppen – mit einem Teilerfolg. Vor knapp einem Jahr rückten bereits Baugeräte an, um die Bäume zu fällen. Die Gutachten von Umweltverbänden verhinderten das Vorhaben buchstäblich in letzter Minute.

Acht „runde Tische“ und der Versuch der Einigung scheiterten bereits, auch die Bezirksregierung Pankow konnte sich beim Senat nicht mit dem vor Jahren von der Vorgängerregierung ausgehandelten Kompromiss durchsetzen. Nun stehen die juristischen Entscheidungen aus, ob die neuen Sträucher und Brutplätze einen echten Ausgleich darstellen. Die Gesobau kündigte an, dass die Bäume gefällt werden, sobald die Gerichte grünes Licht geben. Die Anwohner zeigen sich weiterhin kompromissbereit: „Wir wollen eigen, dass man Klima-, Artenschutz und ein soziales Miteinander unter einen Hut bringen kann“, sagt die Stadt- und Landschaftsgestalterin Grit Bürgow.

Anwohner und Naturschützer luden CDU-Bürgermeister Kai Wegener zu einem der Treffen ein. Doch er kam nicht. In einem auf den Monat September datierten Brief ließ er mitteilen, dass sich eine Nachverdichtung leider nicht verhindern lasse. Ihm seit aber von der Gesobau „glaubhaft versichert“ worden, dass die Ausgleichsmaßnahmen das angenehme Wohnumfeld „wahren“ würden.

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <http://www.welt.de/253698984>